

SOLIDE STAATSFINANZEN IN KRITISCHER ZEIT

BESCHLUSS DES MIT-BUNDESVORSTANDES VOM 13. JUNI 2022

Die Coronakrise, die tiefgreifende strukturelle Umstellung der gesamten Energiewirtschaft im Zuge der Klimapolitik und der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit den gegen den Aggressor zu Recht verhängten wirtschaftlichen Sanktionen und der notwendigen erheblichen Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands im Rahmen der Nato führen zu schweren weltweiten Belastungen der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen.

Diese hochkomplexe, kritische Lage erfordert einen ausreichenden und präzise gezielten Einsatz der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Dieser muss geeignet sein, mit wirtschaftlich und finanzwirtschaftlich optimalen Maßnahmen Vollbeschäftigung und Wohlstand in Deutschland zu sichern, die umfassende technologische Umstellung der Energiewirtschaft zur Klimaneutralität mit stabiler Versorgungssicherheit zu wirtschaftlich tragfähigen Preisen zu fördern und die äußere Sicherheit unseres Landes durch militärische Abschreckung und die Fähigkeit zur internationalen Durchsetzung der Interessen unseres Landes in Gemeinschaft mit den Bündnispartnern zu garantieren.

Dies erfordert beständig stabile und solide öffentliche Finanzen, deren Verschuldung in einem engen Rahmen gehalten wird und für die klare Maßgaben zum Abbau auch von legitimer Verschuldung gelten. Das gilt umso mehr, als die Zeit der extremen Niedrigzinsen nun erkennbar zu Ende geht.

Deshalb fordert die MIT:

1. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes muss uneingeschränkt erhalten bleiben.
2. Die vom Haushaltsgesetzgeber zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen beschlossenen Kreditermächtigungen für den Bundeshaushalt dürfen, soweit sie für diesen Zweck nicht in Anspruch genommen werden müssen, nicht verfassungswidrig in den sog. „Klimafonds“ verschoben werden. Der dazu von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beabsichtigte Antrag auf ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht muss auch in der hinzugekommen Krise durch den Krieg in Europa gestellt werden.